

Gustav Urbani

Ungarn in der NATO (II)

DSS-Arbeitspapiere

Heft 54 - 2000

Inhalt:

	<u>Seite</u>
1 Drei Aspekte eines Rückblicks auf den Beitritt	3
2 Zur Wertung des NATO-Beitritts der Republik Ungarn aus heutiger Sicht	6
2.1 Zur Einschätzung der Ursachen für den Beitritt	6
2.2 Zur Euphorie bei der Wertung des NATO-Beitritts und ihrem heutigen Stellenwert	8
2.3 Die strategische Überprüfung der Landesverteidigung und die Konzeption zur qualitativen Neugestaltung der Honvéd-Armee	9

Anlagen:

1 Geburtstag. Ein Jahr im Bündnis. Chronik ausgewählter Ereignisse im ersten Jahr der NATO-Mitgliedschaft Ungarns	18
2 Regierungsbeschluß vom 26.10.1999 über die Konzeption zur strategischen Überprüfung der Gesamtheit der Landesverteidigung der Ungarischen Republik	21
3 Bericht über die FIDESZ-Konferenz zur Streitkräfte reform am 18. Februar 2000	26

Redaktion, Druckvorbereitung und Vertrieb; V.i.S.d.P.:

Dr. Joachim Klopfer
Am Jägerpark 52
D-01099 Dresden

Telefon: +49/0-351-8030122 Fax: +49/0-351-8036401

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren!

Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, daß durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluß: 2. Mai 2000

Kostenbeitrag: 3,00 DM

Gustav Urbani

Ungarn in der NATO (II)

(Vortrag des Autors im Rahmen der DSS-Veranstaltung am 12. April 2000,
für die Veröffentlichung erweitert und bearbeitet.)

1. Drei Aspekte eines Rückblicks auf den Beitritt

1. Aspekt: Beitritt und Kriegsbeginn

Die Außenminister Tschechiens, Polens und Ungarns übergaben am 12. März 1999 in Independence (US-Staat Missouri) die Beitrittsdokumente ihrer Staaten zur NATO an US-Außenministerin Albright. Damit gehörten dem Nordatlantischen Militärbündnis, das von seinen Vertretern immer wieder als eine primär politische Organisation bezeichnet wird, von diesem Tage an 19 Mitgliedsländer an: von dem größten, mächtigsten und reichsten angefangen - den Vereinigten Staaten von Nordamerika - bis zu einem der kleinsten und vor allem ärmsten Länder, der Republik Ungarn. Am 16. März 99 wurden die Staatsflaggen der drei neuen Bündnispartner vor dem Brüsseler NATO-Zentrum in Anwesenheit der Ministerpräsidenten aufgezogen. Dank ihres nunmehr erreichten Rechtsstatus als völlig gleichberechtigte Mitglieder der NATO wurden Tschechien, Polen und Ungarn am 23. März 1999 vom bisherigen Status als assoziierter Partner der WEU zu assoziierten Mitgliedern der Westeuropäischen Union erklärt. (Das bedeutet allerdings keine vollberechtigte Teilnahme am europäischen sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß - diese bringt erst die EU-Mitgliedschaft mit sich.)

Am gleichen 23. März - elf Tage nach der vollzogenen Osterweiterung des NATO-Bündnisses - erklärte dessen Generalsekretär Javier Solana in Brüssel, daß er den Oberbefehlshaber der verbündeten Streitkräfte, General Wesley Clark, angewiesen habe, Luftoperationen gegen Jugoslawien zu beginnen. Daraufhin eröffneten NATO-Luftstreitkräfte in den Abendstunden des 24. März 1999 Luftangriffe gegen Ziele auf dem Territorium der Republik Jugoslawien, die bereits wenig später von General Klaus Naumann, damals Chef der Militärkommission der NATO, mit der Mitteilung charakterisiert wurden, 400 Kampfflugzeuge des Bündnisses hätten mehr als 100 feste Bodenziele angegriffen.

Die Luftoperationen wurden bis zum 10. Juni 1999, d.h. mehr als 11 Wochen lang, fortgeführt. Über ihren völkerrechtswidrigen, unmenschlichen, vor allem das Leben von Zivilisten vernichtenden und bedrohenden Charakter ist ausführlich berichtet worden. Hier soll, als 2. Aspekt, nur kurz auf die Beteiligung des (im Wortsinne) brandneuen Bündnispartner Ungarn an diesem Krieg eingegangen werden. (Ausführlich geschah dies schon im Heft 49 der Arbeitspapiere.¹)

¹ Gustav Urbani, **Ungarn in der NATO**. NATO-Beitritt, Jugoslawien-Krieg und deren Wirkungen auf Ungarn. Probleme der personellen Entwicklung der Honvéd-Armee, Dresden 1999, 26 Seiten.

2. Aspekt: Die Beteiligung Ungarns am Krieg

Nach Aufforderung der NATO entschied das ungarische Parlament unverzüglich - praktisch in einer Blitzabstimmung - bereits am 24. März mit 255 Ja-Stimmen, 12 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen, daß dem Bündnis im Zuge seiner Aktionen gegen Jugoslawien der Luftraum und die Flugplätze des Landes zur Verfügung stehen, einschließlich der vorhandenen technischen und logistischen Sicherstellungsbasen.

Wesentliche Teile der Honvéd-Armee, unter ihnen das in Kecskemét (Südungarn) stationierte Geschwader mit 27 modernen MiG-29-Abfangjägern, wurden in länger andauernde erhöhte Gefechtsbereitschaft versetzt, die Fliegerkräfte sogar in die höchste Stufe. Die ungarischen Grenzsicherungskräfte im Süden des Landes wurden wesentlich verstärkt. Auf zentrale Weisung hin wurden 8 Grenzjäger-Kompanien mit einer Stärke von 1000 Mann in die Nähe der 174 km langen ungarisch-jugoslawischen Grenze verlegt.

Die vorrangig für Zwecke der technisch-logistischen Sicherstellung und Abstützung der antijugoslawischen Luftoperationen durch die amerikanischen Fliegerkräfte der NATO erfolgende Nutzung der bei Kaposvár (Südwest-Ungarn) liegenden Luftbasis Taszár beschäftigte Bevölkerung und Behörden in diesem Landesteil lange Zeit erheblich und führte zu vielen unterschiedlichen, oft auch ablehnenden Reaktionen. Ebenfalls galt dies für die Bereitstellung von Teilen ziviler Flugplätze Ungarns (einschl. ihrer technischen Sicherstellungsbasen) für die NATO-Operationen. Dazu zählte auch die Nutzung von Teilen des größten und bekanntesten ungarischen Flugplatzes, Budapest-Ferihegy, durch US-Tankflugzeuge vom Typ KC-135, die auf Grund ihrer Ausmaße, ihrer Start- und Landeanforderungen sowie ihrer Betankungs-Erfordernisse nur hier stationiert werden konnten, andere Flugplätze waren dafür zu klein.

An dieser Stelle muß bedacht werden: Die ungarische Verfassung wie auch die damals geltende Militärdoktrin erlaubten den Einsatz ungarischer Streitkräfte nur für Verteidigungsoperationen. Die politische und militärische Führung des Landes beharrte daher seit Beginn der Jugoslawien-Krise immer wieder darauf, keinesfalls ungarische Streitkräfte zu Kampfhandlungen in Nachbarstaaten zu entsenden. In bezug auf Jugoslawien ist das von besonderer Bedeutung, leben doch in der grenznahen serbischen Provinz Vojvodina ca. 300 000 Ungarn, von denen nicht wenige ihren Wehrdienst in der jugoslawischen Armee abzuleisten haben. Die Fakten liefen dann im Verlaufe der NATO-Operationen gegen Jugoslawien bekanntlich sowieso darauf hinaus, keine Bodentruppen zu Kampfhandlungen einzusetzen. Auch die Honvéd-Armee schickte in Übereinstimmung damit ihr unterstelltes Personal nur

a) zu humanitären Zwecken nach Albanien, wo sie Hilfsgüter an Kosovo-Flüchtlinge überbrachten, als Fachpersonal einer medizinischen Hilfsgruppe Kranke und verletzte Zivilpersonen behandelten sowie als Angehörige eines mikrobiologischen Labors einen Beitrag zur Seuchenprophylaxe leisteten;

b) Auf Beschluß der ungarischen Landesversammlung beteiligt sich bis heute ein mehr als 300 Mann starkes Wach- und Sicherungs-Bataillon aus einer speziell vorbereiteten Formation der Honvéd-Armee an dem im Kosovo zum Einsatz gelangenden KFOR-Kontingent, und zwar in der Deutschland zugeordneten Zone, im Bereich von Pristina. Es dürfte nicht uninteressant sein, daß die Kosten für die ungarischen KFOR-Kräfte

erheblichen finanziellen Aufwand bedingen. Nach Aussagen in einem speziellen Bericht in der Ausgabe 4/2000 von "Magyar Honvéd" machen sie, zusammen mit den Ausgaben für das dem bosnischen SFOR-Kontingent zugeordneten technischen Bataillon, eine Summe von insgesamt rund 17 Mrd. Forint aus (ca. 130 Mill. DM), das sind ca. 9% des Gesamt-Wehretats für das Jahr 2000. Gegenüber 1999 bedeutet das eine Steigerung um rund zwei Drittel, was nur verständlich ist, wenn der Devisenbedarf, die weitaus höheren personellen Zuwendungen für die dort eingesetzten Soldaten und die hohen logistischen Aufwendungen bedacht werden.

3. Aspekt: Die für Ungarn aus der NATO-Aggression gegen Jugoslawien herrührenden Schäden bzw. ökonomischen Verluste

Je länger der Krieg zurückliegt, umso weniger Aussagen werden dazu gemacht. Kurz nach Beendigung der Luftoperation wurde allein der im Gefolge der blockierten Transportverbindungen entstehende Exportverlust auf etwa 2 bis 2,5 Mrd. Dollar geschätzt. In der Sonderbeilage zu "Magyar Honvéd" vom 17. März 2000 unter dem Titel "Ein Jahr im Bündnis", die ein fast 10-seitiges chronologisches Kalendarium² der für Ungarn seit dem Beitritt wichtigen Geschehnisse enthält, gibt es nicht eine einzige quantitative Angabe zu den finanziell-wirtschaftlichen Resultaten der Geschehnisse vor einem Jahr. Vielleicht kann man ja aber die Titelzeile über dem von der russischen Militärzeitung "Krasnaja Swesda" vom 21. Januar des Jahres veröffentlichten Interview mit Generaloberst Lajos Fodor, Chef des Stabes der ungarischen Honvéd-Armee, so werten, wie er von der Redaktion gewählt wurde - sicher nicht ohne Zustimmung des "1. Soldaten der ungarischen Armee", wie dieser sich gern bezeichnen läßt -:

"In der NATO wurden wir nicht reich."

Auf das Problem der Entwicklung des ungarischen Verteidigungsetats im Gefolge des NATO-Beitritts werde ich später noch zurückkommen. Hier läßt sich zunächst feststellen, daß die NATO-Operationen gegen Jugoslawien für Ungarn so gut wie keine meßbaren ökonomischen Vorteile mit sich brachten - ganz im Unterschied zu den in der westlichen Presse manchmal angeführten Hinweisen zu den teilweise rasanten Umsatzsteigerungen internationaler Rüstungskonzerne, deren Lieferungen an speziellen Flugzeug-Betriebsstoffen und Ersatzteilen sowie vor allem Bomben, Raketen und Lenkwaffen, verschiedensten elektronischen Ausrüstungen für die Luftkriegsführung und Luftverteidigung nach Quantität und Qualität ungewöhnlich rasch zunahmen.

Für Ungarn kam es zu dem schon erwähnten Ausfall an Export- und Transit-Umsätzen in Milliarden-Höhe, der infolge der sich in Rest-Jugoslawien und im Kosovo wesentlich länger hinziehenden gesellschaftlich-ökonomischen Krisenlage noch umfangreicher ausfallen dürfte, als zunächst erwartet. Hinzu kommt ein zunächst kaum in Rechnung gestellter, nunmehr aber weit über den eigentlich betroffenen Wirtschaftsbereich hinausgreifender weiterer Krisenherd, der nicht nur Ungarn trifft, dieses Land aber aufgrund seiner langjährigen Traditionen auf diesem Gebiet besonders spürbar berührt: die katastrophalen Auswirkungen des Jugoslawien-Krieges auf den internationalen Tourismus. Der Tourismus ausländischer Besucher, nicht zuletzt auch aus Übersee, hatte und hat auf die Entwicklung der um Jugoslawien gruppierten Länder

² Siehe Auszüge daraus in Anlage 1 (ab Seite 18).

einen tatsächlich prägenden Charakter. Dabei geht es keineswegs nur um die aus den Gästebesuchen resultierenden direkten Umsätze bzw. Deviseneinnahmen. Es geht zum einen auch um den Grad der Kapazitätsauslastung bestehender Einrichtungen, um die Entwicklung verschiedener Investitionen, die Fähigkeit zur Aufnahme und Tilgung von Krediten, die Frage, ob über all diese Elemente Wachstums- oder Krisen-Impulse ausgelöst werden.

Der Gästeverlust für Ungarn mit minus 14 Prozent (1999 im Vergleich zum Vorjahr) wurde nur noch von Kroatien (mit minus 16 Prozent) übertroffen. (Polen: minus 6,2 Prozent, Tschechien: minus 2 Prozent).

Die genaueren finanziellen Ausfälle aus dieser Entwicklung sind bisher nicht bekannt, möglicherweise kann man sie nicht einmal schätzungsweise präziser benennen. Über eines sind sich die Experten jedoch völlig einig: Es handelt sich eindeutig um aus der NATO-Aggression resultierende Folgen auf die Tourismus-Zahlen.

Soweit einige heranführende Bemerkungen, ein Rückblick auf den Beitritt. Nun zum Hauptgegenstand meines Vortrages:

2. Zur Wertung des NATO-Beitritts der Republik Ungarn aus heutiger Sicht

2.1 Zur Einschätzung der Ursachen für diesen Beitritt

Zwei Extrempositionen sind hier anzutreffen:

(1) Kritiker der neuen NATO-Strategie und ihrer Umsetzung propagieren: Entscheidend bzw. allein ins Gewicht fallend war die von den NATO-Strategen festgelegte Vereinnahmung des ost- und ostmitteleuropäischen Raumes der früheren Warschauer Vertragsstaaten. Dies war die Ursache auch im Falle Ungarns.

(2) Der Beitritt Ungarns stellte eine freie, unabhängige Entscheidung des ungarischen Volkes dar - so die Einschätzung der ungarischen Regierung, der ungarischen Eliten.

Meiner Meinung nach liegt die Wahrheit nicht bei (1) oder (2) in ihrer isolierten Betrachtung - eben bei diesen Extrempositionen -, sondern allein in ihrer unlöslichen Verknüpfung, wobei die Schwierigkeit zweifellos in einer den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechenden, richtigen Gewichtung beider Ursachen-Seiten besteht.

In diesem Sinne sehe ich in der von den USA ausgearbeiteten und angeführten Strategie zur Osterweiterung des Paktes die Haupt- oder primäre Ursache für die Einbeziehung Ungarns in diese Organisation. In mehr oder weniger großer Übereinstimmung der wichtigsten Führungsmächte des Westens ging es dabei vor allem

- um die Ausfüllung des durch die Auflösung des Warschauer Vertrages und den Rückzug der Sowjetarmee entstandenen geostrategischen Hohlraumes;
- um die Schaffung einer unmittelbaren, territorial günstigen Ausgangsbasis für militärische Operationen gegen Jugoslawien;

- um den Ausbau der politischen Voraussetzungen für die weitere außen- und rüstungswirtschaftliche Expansion der mächtigsten US-Konzerne in ihrer internationalen Verflechtung.

Unterzieht man andererseits die Formel von der "freien, unabhängigen Entscheidung Ungarns" einer genaueren Analyse, so steht meines Ermessens das tiefreichende Interesse der politischen Eliten Ungarns und größerer Teile der Bevölkerung als nächstwichtigste Beitrittsursache außer Zweifel. Diesen Faktor nicht als primären, sondern als den nachgeordneten zu bezeichnen, wird eigentlich nur dadurch gerechtfertigt, daß die geostrategische Orientierung der NATO erst die Basis dafür schuf, daß ungarischerseits eine solche Entscheidung überhaupt als realisierungsfähig eingestuft werden konnte.

Überprüft man die Gründe, die die Eliten und die Bevölkerungsmehrheit Ungarns veranlaßten, trotz einiger vor allem ökonomischer Bedenken für den Beitritt Position zu beziehen (ich erinnere an den Ausgang des Referendums vom November 1997, als mehr als 80 Prozent der Beteiligten dafür stimmten), fallen vor allem folgende Punkte ins Gewicht:

- Die Westorientierung Ungarns ist traditionell und jahrhundertealt, sie ist unter den Bedingungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes praktisch auch ohne Alternative.
- Es ging und geht sowohl den Politikern als auch der Bevölkerungsmehrheit nicht so sehr um die NATO-Mitgliedschaft, sondern hauptsächlich um die Öffnung des Weges zur Mitgliedschaft in die Europäische Union und zur Zugehörigkeit zum gemeinsamen Währungsgebiet; um den Wunsch, auf diesem Weg in Mitteleuropa nicht Nachzügler, sondern Vorreiter zu sein.
- Politikwissenschaftler, Historiker und Fachleute auf dem Gebiet der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik Ungarns sind sich weitgehend darin einig, daß für das Land in der Verteidigungs- und Militärpolitik alleinstehend nichts machbar ist, heute noch viel weniger als früher, was durch die über 1000-jährige Geschichte Ungarns als einheitlicher Staat immer wieder unter Beweis gestellt wurde. Dazu einige historische Fakten:
 - Nach der vernichtenden Niederlage des ungarischen Heeres gegen eine übermächtige osmanische Streitmacht in der Schlacht bei Mohács 1526 war eine mehr als anderthalb Jahrhunderte andauernde türkische Besetzung die Folge.
 - Mehr als 300 Jahre später wurde die in ihrem Kampf gegen die österreichischen Truppen im Verlauf der bürgerlich-demokratischen Unabhängigkeits-Revolution 1848/49 bereits siegreiche ungarische Honvéd-Armee 1849 durch eine vom österreichischen Kaiser zu Hilfe gerufene, mehr als 100 000 Mann starke und frische Armee des russischen Zaren besiegt und zerschlagen, wodurch die Niederlage der bis dahin in Europa in der Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgreichsten Revolution besiegelt war.
 - Nach dem - an der Seite Deutschlands und der Habsburger Monarchie stehend - verlorenen Weltkrieg 1914-1918 büßte Groß-Ungarn im Ergebnis des Friedensdiktats von Trianon im Jahre 1920 durch den Willen der siegreichen Westmächte ca. zwei Drittel seines ursprünglichen Territoriums ein, die

Bevölkerungszahl wurde von mehr als 18 Millionen auf etwa 8 Millionen reduziert.

- Im zweiten Weltkrieg 1939-1945, wiederum auf Seiten Deutschlands und seiner Verbündeten kämpfend, verlor Ungarn in der Schlacht am Don-Bogen im Januar 1943 60 Prozent seiner 200 000 Mann starken 2. Armee, bezahlte mit über 120 000 Gefallenen einen tragisch-katastrophalen Preis für das eingegangene Risiko, auf dem 200-km-Don-Ufer-Abschnitt den Vorstoß der 6. Armee Hitlers auf Stalingrad abzusichern. Nicht weniger vernichtend waren die Zerstörungen im ungarischen Heimatland und in seiner 2-Millionen-Hauptstadt Budapest Anfang 1945, als die Hitler-Truppen mit Unterstützung der faschistischen Kräfte des Pfeilkreuzlers Szálasi die Erklärung Budapests zur freien Stadt und das Ausscheiden Ungarns aus dem Krieg verhinderten und wegen einer kurzen Atempause für die Hitler-Clique den Tod Zehntausender Ungarn und schwerste Zerstörungen im ungarischen Land provozierten.
- Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß die ungarische Protestrevolution vom 26. Oktober 1956 gegen die - angeblich proletarischen Interessen dienende, in Wirklichkeit kraß antinationalen und inhumanen Zielen untergeordnete - Clique des Mátyás Rákosi sich wiederum, wie schon 1848/49, auf dem Wege des Erfolges befand, als sie Anfang Dezember 1956 von der Sowjetarmee als "Konterrevolution" niedergewalzt wurde.

Die Kenntnis solcher und ähnlicher Geschehnisse aus der mehr als tausendjährigen Vergangenheit Ungarns ist von erheblicher Bedeutung für das Verständnis der Suche der Ungarn nach Lehren aus der Vergangenheit, ihr Bestreben, endlich die richtigen, d.h. die wirklich starken und erfolgverheißenden Verbündeten zu finden.

2.2 Zur Euphorie bei der Wertung des NATO-Beitritts und ihrem heutigen Stellenwert

Staatspräsident Árpád Göncz würdigte auf einer Führungskonferenz der Honvéd-Armee im Frühjahr 1999 die errungene Zugehörigkeit Ungarns zum "stärksten Militärbündnis der Welt", wie er sagte, als ein Ereignis von historischem Rang, wodurch das ungarische Volk nach fast fünfhundertjährigen verlustreichen Freiheitskämpfen endlich seinen festen Platz im freien, demokratischen und einheitlichen Bund der entwickeltsten Völker des Westens eingenommen habe. Ministerpräsident Orbán hob zur gleichen Zeit an einem anderen Ort besonders hervor, daß der lange, mühevoll Weg zur endlich vollzogenen, völlig gleichberechtigten Mitgliedschaft in der nordatlantischen Gemeinschaft für sein Land ein Niveau an Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit bedeute, das für Ungarn seit Jahrhunderten nur als ganz fernes, kaum erreichbares Ziel denkbar war.

Natürlich sind solche hochgestochenen Einschätzungen, besonders von Seiten hochrangiger Politiker, auch heute, nach einem ganzen Jahr vielschichtiger Ereignisse, durchaus noch zu vernehmen. So bezeichnete Dr. János Szabó, ungarischer Minister für Landesverteidigung, in einem feierlichen Pressebeitrag anlässlich des ersten Jahrestages des NATO-Beitritts diesen Schritt als einen "historischen Meilenstein für Ungarn", der zugleich von wahrhaft "weltgeschichtlicher Bedeutung" sei, hätten sich doch hierdurch die Welt, die NATO, insbesondere aber auch die neuen Mitgliedsländer verändert bzw. würden sich weiter verändern.

Ich möchte dieses Stichwort aufgreifen und mich in meinen weiteren Ausführungen mit der Frage beschäftigen, welchen Charakter, welchen wesentlichen Inhalt diese Veränderungen - hinsichtlich Ungarn - hatten und, vor allem, noch haben, bezogen vor allem auf die Landesverteidigung. Dabei kann man berechtigterweise zu der Feststellung gelangen, daß die vor Jahresfrist doch breitere Schichten erfassende Euphorie hinsichtlich der zu erwartenden Veränderungen heute weitgehend verschwunden ist. Als allgemeingültige Faktoren dafür seien zunächst nur kurz genannt:

- Die erhofften ökonomischen Vorteile hinsichtlich Aufnahme in die EU und die Währungsgemeinschaft sind nach wie vor Zukunftsmusik; die westeuropäischen und US-Konzerne suchen vor allem ihre eigenen Vorteile - und nichts ist unter kapitalistischen Bedingungen natürlicher als das. (Man denke nur an die Argumentation der USA anlässlich des Gerangels um die Wahl des neuen Direktors des IWF.) Als jüngstes Argument wurde vor kurzem erst die ungenügend gesicherte Ostgrenze genannt. Zwar 2003 Aufnahme ..., aber immer neue Ausflüchte und Vertröstungen.
- Der NATO-Beitritt erbrachte für Ungarn nicht allein ökonomische Verluste infolge der Aggression gegen Jugoslawien, sondern auch zusätzliche Kosten für Verteidigungsaufwendungen. Darauf werde ich im weiteren noch detaillierter eingehen.
- Die seit zehn Jahren vorangetriebene Streitkräftereform mit ihren tiefgreifenden negativen Auswirkungen für den Personalbestand und mit ihrer nun schon sechsjährigen, zunehmend intensiveren Ausrichtung auf die Vorbereitung des NATO-Beitritts hat aus aktueller Sicht offenbar viel zu wenig für diese Zielstellung erbracht. Sie wird heute offiziell als quantitative Phase abgestempelt, die weder eine durch das Land weiter finanzierbare noch eine NATO-taugliche Honvéd-Armee hervorgebracht habe. Die Bewertung dieser Phase als (nur) "quantitativ" soll ihre Hauptaktivitäten, Personalverringerung von rd. 100 000 Mann sowie starke Verringerung von Bewaffnung und Technik, charakterisieren bzw., schärfer interpretiert, das Scheitern der Reform ausdrücken. Niemand in Ungarn und unter seinen Verbündeten ist natürlich zu einer solchen Einschätzung in der Öffentlichkeit bereit. Tatsache aber ist, daß wenige Wochen nach dem Beitritt zur NATO und nach Vorliegen erster Erfahrungen für die Honvéd-Armee speziell aus dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien von der ungarischen Staatsführung eine sogenannte "strategische Überprüfung der gesamten Landesverteidigung" sowie tiefgreifende Veränderungen im System der Haushalts-Finanzierung der Landesverteidigung angeordnet und sofort in Gang gesetzt wurden.

2.3 Die strategische Überprüfung der Landesverteidigung und die Konzeption zur qualitativen Neugestaltung der Honvéd-Armee

(Hier muß vorausgeschickt werden, daß seit dem NATO-Beitritt der Geheimnisschutz auf dem Gebiet der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik nach einem entsprechenden Parlamentsbeschuß wesentlich verschärft wurde, mit entsprechenden Wirkungen auf Veröffentlichungen und damit auf zugängliches Quellenmaterial.)

Am 23. Juli vergangenen Jahres faßte die ungarische Regierung auf Vorschlag von Verteidigungsminister Szabó einen Beschluß über unaufschiebbar notwendige Verän-

derungen in der Landesverteidigung. Die vom Minister als Ursache für diesen Beschluß genannten negativen Gegebenheiten habe ich im Heft 49-1999 der DSS-Arbeitspapiere bereits aufgelistet.³

Es wurde sofort eine Kommission hochrangiger Führungskader des Verteidigungs-Ressorts, angesehener Militärspezialisten und von Finanzfachleuten eingesetzt, die den Auftrag erhielt, innerhalb eines Vierteljahres eine Konzeption zur weiteren strategischen Überprüfung des gesamten Verteidigungsbereichs und zur sofortigen oder längerfristigen Lösung daraus abgeleiteter Konsequenzen auszuarbeiten. Dabei müsse vor allem davon ausgegangen werden, die größtmögliche Fähigkeit zum Zusammenwirken mit den NATO-Partnern zu erreichen, indem Ungarn sich an der Realisierung des vom vorjährigen NATO-Gipfel beschlossenen sog. "Programmes der Verteidigungsfähigkeits-Pakete" (DCI) beteiligt, die in ca. 10-15 Jahren vollständig umzusetzen sind. Zugleich ist das bisher verfehlt Ziel einer solchen echten Streitkräfte-reform schnellstmöglich zu realisieren, die zu einer kleinen, aber modernen, funktionsfähigen Armee führen soll. Die Regierung erklärte ihre Bereitschaft, zur Finanzierung einer solchen kleineren, effektiveren Verteidigungsmacht größere Etat-Mittel als bisher bereitzustellen(!). Es wurde dabei von einem Wachstum der Stützungsmittel um über 40% gegenüber 1999 gesprochen, wobei das, unkommentiert, zu falschen Schlüssen führt. (Näheres dazu weiter unten.)

Am 26. Oktober 1999 nahm die ungarische Regierung auf Vorschlag des Verteidigungsministers, der sich auf die Arbeitsergebnisse der genannten Kommission stützte, die "Konzeption zur strategischen Überprüfung der Gesamtheit der Landesverteidigung der Ungarischen Republik" an. [Wortlaut (Arbeitsübersetzung) dieses Beschlusses siehe Anlage 2 (ab Seite 21 dieses Heftes).]

Dieser Regierungsbeschluß umfaßt zwei Hauptteile: Im Teil I werden die prinzipiellen Aspekte angeführt, die bei der Herausbildung einer neuen Struktur der Armee zugrunde zu legen sind. Im Teil II ordnet die Regierung die Durchführung einer Reihe wichtiger Aufgaben an. Im weiteren sollen - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - kurzgefaßt einige wichtige Prinzipien und Festlegungen dieses Regierungsbeschlusses angeführt werden.

- Eine Veränderung der oberen Führungsebene der Honvéd-Armee durch die Integration von Verteidigungsministerium und Generalstab, mit genauer Bestimmung der Zuständigkeiten, sowie eine wesentliche Verringerung der unmittelbar nachgeordneten Führungsebenen, Führungsorgane und des zugehörigen Personalbestandes sind herbeizuführen.
- Ein wesentlicher Teil der anvisierten Reduzierung des Personalbestandes auf 45 000 Mann, d.h. der Abbau von mindestens 5000 Planstellen für Berufssoldaten - vor allem Obristen und Oberstleutnante -, soll in diesem Zusammenhang erfolgen, verbunden mit einer höheren Effektivität der Führungstätigkeit und der Verlagerung ihres Schwerpunktes in die Truppenformationen. Auf der am 27. März dieses Jahres abgehaltenen Führungskonferenz der Honvéd-Armee wurden vom Verteidi-

³ Urbani, Gustav, a.a.O., S. 7.

gungsminister und vom Generalstabschef als neueste Zielstellung sogar die Reduzierung der Gesamtstärke auf 39 000 Mann bei Ausscheiden von 15 000 Mann genannt (offenbar einschließlich der Zivilangestellten und der Rekrutenreduzierung).

- Das gesamte System der ökonomischen und logistischen Sicherstellung soll sich in erhöhtem Maße auf volkswirtschaftliche Quellen stützen, die vorhandenen Dienststellen zur Inanspruchnahme ziviler Dienste sind abzubauen, es sind neue Grundsätze und Normen der Vorratsbildung auszuarbeiten, die einen wachsenden Anteil von Vorräten aus der laufenden Produktion vorsehen sowie die Reduzierung der armeeeigenen Lagerhaltung erlauben.
- Die Teilnahme, einschl. erhöhter finanzieller Beteiligung, Ungarns am NATO-Programm für Verteidigungs-Investitionen ist zu sichern. (Da dies ein geheimes Projekt ist, taucht es im Regierungsbeschluß nicht als gesonderter Punkt auf.) Dabei handelt es sich um 3 schon begonnene Hauptprojekte:
 - Die Installation eines vollautomatisierten, rechnergestützten Informations- und Kommunikations-Systems für 13 Garnisonen bzw. militärische Objekte Ungarns als Bestandteil eines NATO-Gesamtverbundes;
 - die Modernisierung und vollständige Anpassung der Gesamtheit der ungarischen Flugplätze in den diesbezüglichen NATO-Verbund;
 - die Schaffung dreier modernster Radar-Basen auf ungarischem Territorium, ebenfalls wiederum im Rahmen des NATO-Verbundes, praktisch als Teil des einheitlichen NATO-Luftverteidigungssystems in Europa.

Die aus Veröffentlichungen ableitbaren Angaben zu den finanziellen Belastungen Ungarns aus diesen und weiteren Verteidigungsinvestitionen sind mehr oder weniger unkonkret (Geheimnisschutz), sie dürften sich zwischen 3,5 bis 7,5 Milliarden Forint jährlich bewegen. Letztere Summe würde dann den ungarischen Anteil am NATO-Gesamtfonds für infrastrukturelle Sicherheitsinvestitionen (NSIP) mit beinhalten, der 0,65 Prozent der ca. 1500 Millionen US-Dollar jährlich ausmacht.

- Eine ganze Reihe nicht unmittelbar militärischer Aufgaben sollen aus der Verantwortung des Verteidigungsministeriums herausgelöst werden, ihre Finanzierung soll durch andere Ministerien bzw. Etatbereiche erfolgen, teilweise sollen sie in die Form öffentlich-rechtlicher Gesellschaften überführt werden. Durch eine solche Herauslösung sollen betroffen sein:
 - alle nicht vollständig militärischen Zwecken dienenden Einrichtungen des Gesundheitswesens der Honvéd-Armee (unter anderen das bisherige Zentrale Armeekrankenhaus);
 - der Personalbestand der Militärjustiz der Honvéd-Armee (bei Beibehaltung seiner fachlichen Selbständigkeit);
 - das Zentrale Kulturensemble der Honvéd-Armee, verschiedene Garnisons-Kulturhäuser und andere kulturelle Institutionen, die sich bisher in der Verwaltung des Verteidigungsministeriums befanden;
 - das den Angehörigen der Honvéd-Armee dienende Erholungs- und Rehabilitations-Wesen, bei gleichzeitiger Reduzierung der Anzahl seiner Institutionen und einer gerechteren, personenbezogenen Verwendung bzw. Verteilung seiner

Ressourcen; die nicht direkt den Truppenformationen beigeordneten Sportvereinigungen;

- die Honvéd-Gymnasien, die aus der Unterstellung des Verteidigungsministeriums herauszulösen sind.
- Es ist die Möglichkeit zur Schaffung einer einheitlichen Hochschuleinrichtung für die gesamte nationale Verteidigung und Sicherheit Ungarns zu prüfen - also für Armee und Grenzsicherung, öffentliche Ordnung, staatliche Leitung -, mit deren Nutzung gesichert werden soll, daß die militärfachliche Grundlagen- und Weiterbildung der Offiziere weiterhin im Verantwortungsbereich des Verteidigungsministeriums verbleibt und zugleich modernisiert werden kann.

Ich gehe nun auf einige Eckpunkte jenes Teils des Regierungsbeschlusses ein, dem die "strategische Priorität" (wie es wörtlich heißt) beigemessen wird und der das "Grundanliegen" der Streitkräfteumgestaltung darstelle, auf die Herausbildung eines qualitativ entwickelten Personalbestandes, der den anstehenden Erfordernissen (vor allem: der NATO-Kompatibilität) besser als bisher gerecht wird.

Auf dieses Ziel gerichtet sollen zu allererst die Dienst-, Arbeits- und Lebensbedingungen des Personals wesentlich verbessert werden. Dazu zählt man:

- eine spürbare Verbesserung der Verpflegungs- und Bekleidungsnormen (so sollen z.B. endlich Verpflegungssätze für die Wehrdienstleistenden gesichert werden, die den biologischen Ernährungserfordernissen entsprechen) sowie vor allem auch der Sicherung - wie es heißt - menschenwürdiger Unterbringungs-Bedingungen für Rekruten, Zeitsoldaten, Reservisten und zum Teil sogar für die jungen Offiziere. Dabei geht es um Bereitstellung von hygienischen Grundvoraussetzungen, wie Versorgung mit Wasch- und Badegelegenheiten, Warmwasserversorgung, Toilettenbedingungen normaler Art, Schlafgelegenheiten, die nicht auf Basis von Massenunterkünften funktionieren bzw. den erforderlichen Erholungseffekt gewährleisten, regelmäßiger Wäschewechsel u.v.a.m.
- Sicherung des Realwertes der personellen Vergütungen für alle Personal-Kategorien, d.h. mindestens Ausgleich der inflationären Entwertung der Bezüge; tatsächliche Realisierung der lange versprochenen Zuschläge für die teilweise massenhaften Dienstzeitüberschreitungen, Urlaubs- und Freizeitausfälle infolge nicht besetzter Planstellen, Überforderungen usw.; eine per Gesetz (wurde kürzlich beschlossen) festgelegte schrittweise Erhöhung der Vergütungen für Berufs- und Zeitsoldaten;
- Neufassung der Bestimmungen für die Übergabe/Zuweisung von Wohnungen bzw. den Erwerb von Eigentumswohnungen; Ausarbeitung und Einführung eines neuen Wohnungsbau- und -bewirtschaftsprogramms, dem die künftig vorgesehene, veränderte Dislozierung der Truppen zugrunde gelegt wird, das die Wohnbedingungen der Berufssoldaten und ihrer Familien verbessert sowie insbesondere auch die Erfordernisse ihrer Mobilität weit besser als bisher berücksichtigt.

Eng verbunden mit diesen Veränderungen ist eine grundlegende Veränderung des Systems der Gewinnung des Berufs- und Vertragspersonals, der Umstände für die Erhöhung der Attraktivität der Laufbahnentwicklung, der Systeme der Aus- und

Weiterbildung u.ä.m. anvisiert. Aus dem Kreis der damit verbundenen Probleme möchte ich anführen:

- die Umgestaltung des gesamten Systems der personellen Anwerbung und Ergänzung, dabei die bessere Berücksichtigung der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssystem seit der Wende, die Schaffung von territorial untergliederten Werbungs- und Ergänzungszentren;
- die Ausarbeitung und Einführung eines neuen Motivations-Systems, das eine realistische Leistungsbewertung des Personalbestandes in der Einheit materieller und moralischer Faktoren sichert, sich auf die Prinzipien von Wettbewerb und Professionalität gründet sowie die Erfordernisse jener Berufs- und Zeitsoldaten besonders berücksichtigt, die in den Truppenformationen dienen sollen;
- die Gestaltung eines solchen Systems der Ernennung und Beförderung von Berufssoldaten, das die Grundlage ihres Perspektivbewußtseins bilden kann, indem es die Anforderungen der physischen und geistigen Vorbereitung sowie die Kriterien der in den verschiedensten Dienststellungen zu erbringenden Leistungen klarstellt und einen logischen Zusammenhang von Dienststellungen und Dienstgraden festlegt. Diesem Anliegen sollen vor allem die kurz vor ihrer Verabschiedung stehenden, viel diskutierten sogenannten "Karriere-Modelle" für Offiziere und darauf folgend auch für Unteroffiziere dienen;
- Anpassung der Rolle und des Prestiges des Unteroffizierskorps an die in den entwickelten NATO-Ländern gängige Praxis ("Rückgrat der Truppe"), Veränderung der Arbeitsteilung zwischen Offizieren und Unteroffizieren zugunsten der Erhöhung des Prestiges und der Stellung der Unteroffiziere; Schaffung einer zentralen Institution für eine den qualitativen Anforderungen gerecht werdende und effektive Heran- und Weiterbildung von Unteroffizieren;
- Umgestaltung bzw. Modernisierung des Ausbildungssystems sowohl der Rekruten als auch der Zeitsoldaten und Reservisten, Herausbildung der für einen effektiven Ablauf notwendigen organisatorischen, sachlichen und personellen Bedingungen dafür.

In einer der letzten Festlegungen des sogenannten "Verteidigungs-Kabinetts" der Regierung wurde das Verteidigungsressort zur schnellen Ausarbeitung einer Konzeption verpflichtet, die die Gestaltung eines neuen Systems der Ableistung des Rekrutendienstes (wir würden sagen: des Grundwehrdienstes) sicherstellt. Damit soll gewährleistet werden, daß jeder wehrdienstpflichtige ungarische Staatsbürger tatsächlich zur Ableistung des Grundwehrdienstes einberufen wird - er beträgt z. Zt. 9 Monate, soll entsprechend dem Programm der amtierenden Regierung bald auf 6 Monate verkürzt werden. Jeder Wehrpflichtige soll sich militärische Grundkenntnisse aneignen können, um für den Ernstfall über Reservisten verfügen zu können. Außerdem wird eine wirksame Körperertüchtigung der Rekruten gefordert, da, gestützt auf statistische Erhebungen, der physische Zustand der jungen Ungarn als besorgniserregend eingeschätzt wird.

Zur finanziellen Absicherung der angeführten und vieler weiterer Aufgaben in der personellen Entwicklung sieht der Wehretat für das Jahr 2000 spürbare Erhöhungen für Ausgaben in diesem Bereich vor, zugleich die Möglichkeit für Umgruppierungen,

d.h. die Verwendung von ursprünglich für andere Verwendungszwecke eingeplanten Etatmitteln, die das Verteidigungsministerium bisher nicht hatte.

An dieser Stelle einige dem Wochenblatt des Verteidigungsministeriums "Magyar Honvéd"⁴ entnommene Angaben zum Verteidigungshaushalt der Republik Ungarn für das Jahr 2000.

Ich hatte bereits vorher erwähnt, daß ein Wachstum der Stützungsmittel für die Honvéd-Armee um über 40 Prozent gegenüber 1999 vorgesehen ist - eine immense, aufsehenerregende Zahl, die deshalb kurzzeitig auch durch einige deutsche Medien geisterte. Obwohl damit verbunden tatsächlich einige ernstzunehmende finanzielle Zuwächse verknüpft sind - so z.B. eine pro-Kopf-Steigerung der Haushaltsmittel um 15,4 Prozent (bezogen auf das Armeepersonal) - sieht die auf eine Gesamtschau basierende Einschätzung doch wesentlich anders aus. Man muß nämlich berücksichtigen:

- Die bisherige Verpflichtung des Verteidigungsministeriums zur Erwirtschaftung umfangreicher eigener Einnahmen und deren Abführung an den Staatshaushalt (bzw. die Selbstverwendung als Etatmittel) wird ab sofort abgeschafft, was rd. 30 Milliarden Forint ausmacht oder ca. 55 Prozent der o.g. 40-prozentigen Steigerung.
- Ein weiterer wichtiger Faktor besteht darin, daß ab dem Jahre 2000 verschiedene, durchaus kostenaufwendige, bisher durch das Verteidigungsministerium sicherzustellende Aufgaben aus dessen Verantwortungsbereich herausgelöst wurden. Dazu gehören, wie schon angeführt, Teile der Logistik und technischen Sicherstellung, des Gesundheitswesens, Erholungswesens, der Kultur und des Sports u.a.; sie sollen durch andere Ressorts finanziert werden. Dies wiederum wirkt als Mittel-Einsparung.
- Aber: Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttosozialprodukt Ungarns macht im Jahre 2000 1,51 Prozent aus, er soll 2001 auf 1,61 Prozent steigen, und für die Folgejahre ist ebenfalls an ein Wachstum von jeweils 0,1 Prozent gedacht. Unter dem beherrschenden Aspekt aller verteidigungspolitischen Zielstellungen - nämlich der Annäherung an den Durchschnitt der NATO-Länder bzw. die Erreichung der NATO-Kompatibilität - ist es dabei durchaus von Interesse, die Lage auf diesem Gebiet mit den ungarischen Gegebenheiten zu vergleichen (Tabelle 1).

Von wirklich herausragender Bedeutung für eine Beurteilung der weiteren Umgestaltung der Honvéd-Armee ist die vorgesehene, man muß schon sagen: radikale Verringerung des Personalbestandes an Offizieren (ebenso, wenn auch kaum in Veröffentlichungen angesprochen, an Zivilbeschäftigten) sowie die Verminderung der Anzahl von Garnisonen und anderen Standorten.

⁴ "Magyar Honvéd", Budapest, Nr. 4/2000 vom 28. Januar 2000, Seiten 4 bis 8.

Tabelle 1: Verteidigungsanstrengungen im Vergleich – Anteile der Verteidigungsausgaben am Brutto-Inlands-Produkt im NATO-Vergleich [in Prozent]⁵

Griechenland	4,89	Türkei	3,90
USA	3,30	Frankreich	2,83
Großbritannien	2,70	Portugal	2,26
Norwegen	2,20	Italien	1,97
Niederlande	1,79	Dänemark	1,64
Deutschland	1,54	Belgien	1,48
Spanien	1,34	Kanada	1,16
Luxemburg	0,86		

Die zunächst nur sporadisch veröffentlichten, auf mehrere Jahre bezogenen Ankündigungen einer personellen Reduzierung auf rund 45 000 Soldaten (oder gar 39 000) (1998: 51 600, bei 9 800 Offizieren) lösten bei den Berufssoldaten schnell erhebliche Unsicherheiten aus, nachdem die Zahl der Offiziere im letzten Jahrzehnt bereits faktisch halbiert und das Lebensniveau der Verbleibenden ständig gesunken war, oft kaum noch den Einkommensdurchschnitt erreichte. Diese Verunsicherung nahm noch weiter zu und führte zu auch regierungsoffiziell eingestandenen verbreiteten Spannungen im Personalbestand, nachdem zunehmend mehr über die vorgesehene Auflösung und Verlegung von Garnisonen und anderen militärischen Objekten berichtet wurde. Diese Spannungen wurden aber besonders dadurch befördert, daß von seiten der militärischen Führung die Personalvertretungen der Soldaten und Angestellten (vom Typ des Bundeswehr-Verbandes) in die Vorbereitung der Veränderungen nach deren Meinung kaum einbezogen wurden und es keine konkreten, personenbezogenen Informationen über Entlassungen, Versetzungen in den Ruhestand, Umkommandierungen in andere Dienststellungen oder andere Standorte und andere Veränderungen gab, sondern immer nur Vertröstungen auf später bzw. zwar vielfältige, aber immer nur sehr allgemeine Erläuterungen durch den Minister, den Chef des Generalstabes sowie Presseveröffentlichungen.

Es ist daher nicht allzu verwunderlich, daß auf Zusammenkünften der Honvéd-Interessenvertretung HOSZ Ende Februar dieses Jahres die geplanten Personalreduzierungen als Vorgehen nach dem "Bulldozer-Prinzip" charakterisiert wurden.⁶

Am 18. Februar dieses Jahres veranstaltete dann die FIDESZ/Ungarische Bürgerpartei, die stärkste und führende Fraktion der gegenwärtigen Regierungskoalition, eine spezielle Konferenz zum Thema der laufenden Streitkräftereform, über die öffentlich informiert wurde.⁷

Nach Aussagen des Verteidigungsministers Szabó auf dieser Tagung soll der Personalabbau bereits im laufenden Jahr bis zu Ende gebracht werden, d.h. der seinem Ministerium zuzurechnende Personalbestand wird auf 45 000 Mann oder 39 000 Mann

⁵ Quelle: "Sächsische Zeitung", Dresden, vom 31. März 2000, S. 4.

⁶ Siehe "Magyar Honvéd" Nr. 9/2000, vom 3. März 2000, S. 9.

⁷ Vergl. dazu Anlage 3 (Seite 26).

reduziert. (Zuvor wurde von 2-3 Jahren gesprochen.) Dabei soll der personelle Bestand der Führungsorgane um nahezu 40 Prozent reduziert werden (- was bedeutet, daß die vor allem hier eingesetzten höheren Dienstgrad-Gruppen wie Generale, Obristen und Oberstleutnante ihre Dienststellungen verlieren). Die territoriale Verteilung der militärischen Formationen soll bedeutend modifiziert werden. Es ist damit zu rechnen, daß die Honvéd-Armee 24 Standorte völlig räumt sowie an 36 weiteren Standorten 73 Objekte aufgibt. Es soll eine Konzentration auf sogenannte "Basiszentren" erfolgen. (Auf den schon erwähnten Zusammenkünften der Interessenvertretung HOSZ wurde freilich mehrfach bezweifelt, ob die ungarischen Berufssoldaten nach den in vielen Fällen 6 bis 8 Umzügen im letzten Jahrzehnt die neuerlichen Verlegungen mitmachen würden. Besonders hinsichtlich der Fähnriche und Unteroffiziere gab es dazu recht pessimistische Voraussagen - man rechnet damit, daß höchstens 20 Prozent der Betroffenen dazu bereit seien.)

In Kürze sollen 22 Flugzeuge vom Typ MiG-21, 292 Panzer vom Typ T-55 sowie die veraltete Artillerie- und Luftabwehr-Technik ausgesondert werden. Dies steht offenbar in Verbindung mit der im November 1999 auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul vereinbarten Modifizierung des Vertrages über die Obergrenzen konventioneller Rüstungen in Europa. Diese Vertrags-Modifizierung soll zwar erst nach Bereinigung der Lage in Tschetschenien und Wiederherstellung der russischen Truppenstärken im Kaukasus entsprechend den vereinbarten Quoten umgesetzt werden, sie führt jedoch nach Angaben aus dem Verteidigungsausschuß des ungarischen Parlaments zu einer etwa zehnpromzentigen Verringerung der Hauptbewaffnung der Landstreitkräfte der Honvéd-Armee im Vergleich zu 1990. (Tabelle 2)⁸

Tabelle 2: Obere Grenzwerte konventioneller Rüstungen für Ungarn

	Vertrag von 1990	Vertrag von 1999	Zusätzl. Bündnis-Mittel in Gefahrensituationen ⁹
Kampfpanzer	853	710	459
Gepanz. Gef.-Fahrz.	1700	1560	723
Artillerie	840	750	420

(Zur Zeit besitzt Ungarn 192 Panzer T-72, 347 BMP-Schützenpanzer und 499 gepanzerte Kampfwagen BTR.)

Die Regierung hat schließlich die Führung des Verteidigungs-Ressorts Mitte März beauftragt, die Planung der Personalveränderungen in kurzer Frist so zu konkretisieren, daß jedem Armeeingehörigen sehr bald klare Angaben zu seinem Ausscheiden, zur eventuellen Pensionierung zu den gegenwärtig noch recht günstigen Pensionierungsbedingungen bzw. zu seiner weiteren Verwendung bei eventuell veränderter Dienststellung und möglicherweise herabgestuftem Dienstgrad gemacht werden können. Zusammen mit der Ausarbeitung eines sozialen Unterstützungsprogrammes sollen so die sozialen Spannungen schnell vermindert bzw. abgebaut werden.

⁸ Quelle der Zahlenangaben: "Magyar Honvéd", Budapest, Nr. 14/2000 vom 7. April 2000, Seite 9.

⁹ Als Begründung für die ungarische Zustimmung zur weiteren Verringerung der nationalen militärtechnischen Mittel wurde vom Verteidigungsausschuß die gleichzeitig erzielte Erlaubnis der OSZE an die neuen NATO-Mitglieder angeführt, auf ihrem Territorium in Gefahrensituationen zusätzliche Bewaffnung ihrer Bündnispartner einschl. des dazugehörigen Personals zu stationieren. Quelle: ebenda.

Ausgehend von der Gliederung der in Heft 49-1999 der DSS-Arbeitspapiere enthaltenen Zahlenangaben¹⁰ zur personellen Reduzierung der Honvéd-Armee in den Jahren 1989 bis 1998 lassen sich aus den bisher zugänglichen Angaben über den unmittelbar bevorstehenden Personalabbau für das Jahr 2001 näherungsweise die in Tabelle 3 genannten Zahlen ableiten.

Tabelle 3: Entwicklung des Personalbestandes der Honvéd-Armee

Jahr	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	2001
Offiziere	17800	17300	16800	14400	13700	13200	13500	11400	10000	9800	4500
Unteroffiziere	12700	12400	11900	8500	8300	9600	10700	10700	10800	10800	7500
Rekruten ¹¹	91900	81000	63500	51100	52340	51900	39800	34300	33000	31000	27000
Insges. Soldaten	122400	110700	92200	74000	74340	74700	64000	56400	53800	51600	39000
Zivilangestellte	33300	32500	27600	26000	25660	23700	20600	15000	10500	8400	6000
Gesamtstärke	155700	143200	119800	100000	100000	98400	84600	71400	64300	60000	45000

Zum Abschluß möchte ich noch etwas über die zeitliche Durchführung der jetzt in Gang gesetzten Umgestaltung der ungarischen Honvéd-Armee ausführen.

Im schon oft genannten Regierungsbeschluß über die strategische Überprüfung der ungarischen Landesverteidigung wurde die Ausarbeitung eines entsprechenden Zehn-Jahres-Gesamtprogramms festgelegt.

In dessen erster Etappe (bis 2003) sollen die Sicherstellung der Kostendeckung der Streitkräfte-Umgestaltung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Personals und die Gewährleistung der wichtigsten Voraussetzungen der NATO-Interoperabilität die Priorität haben.

In der zweiten Etappe (bis 2006) sollen die Erhöhung der Kampffähigkeit bzw. Gefechtsbereitschaft sowie die Modernisierung der Ausbildung im Vordergrund stehen.

Schließlich soll in einer dritten Etappe (bis 2010) als vorrangige zentrale Aufgabe mit der technischen Modernisierung begonnen werden.

Autor:

Prof. Dr. Gustav Urbani
Dresdner Straße 127
D-01462 Cossebaude

¹⁰ Siehe: Gustav Urbani, Ungarn in der NATO, DSS-Arbeitspapiere Heft 49 - 1999, Dresden 1999, S. 20 (Tabelle 1).

¹¹ Grundwehrdienstleistende und längerdienende Mannschaftsdienstgrade. Die Prognose für 2001 geht bei Grundwehrdienstleistenden von einem etwa ab 2001 gesetzlich geltenden sechsmonatigen Wehrdienst aus und erfaßt in dieser Zeile auch 7000 Zeitsoldaten. (Gegenüber 1990 ist eine Steigerung der Anzahl der Zeitsoldaten um über 2000 Personen vorgesehen.)

Geburtstag. Ein Jahr im Bündnis

Chronologie ausgewählter Ereignisse im ersten Jahr der NATO-Mitgliedschaft Ungarns.

[Aus: "Magyar Honvéd", Budapest, 17. März 2000 (gekürzt)]

1999

12. März Die Außenminister von Tschechien, Polen und Ungarn übergeben in Independence (US-Bundesstaat Missouri) der US-amerikanischen Außenministerin die Dokumente über den NATO-Beitritt ihrer Länder, die damit vollberechtigte Mitglieder des nunmehr 19 Länder umfassenden Nordatlantischen Bündnisses werden.
16. März Im NATO-Zentrum in Brüssel werden in Anwesenheit der Ministerpräsidenten der drei Länder die Nationalflaggen Tschechiens, Polens und Ungarns gehißt.
23. März Ungarn wird dank seines NATO-Beitritts - zusammen mit Tschechien und Polen - vom bisherigen Status eines assoziierten Partners der Westeuropäischen Union zum assoziierten Mitglied dieser Vereinigung erklärt.
24. März In den Abendstunden beginnt die NATO ihre Luftoperation gegen Jugoslawien. Auf Verlangend der NATO entscheidet die Ungarische Landesversammlung mit 255 Ja-Stimmen bei 12 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen, daß das Bündnis im Verlauf seiner Aktion gegen Jugoslawien den Luftraum und die Flugplätze Ungarns nutzen darf.
1. April Brigadegeneral Zoltán Szenes übernimmt im Südflügel-Kommando der NATO in Neapel das Amt des Stellvertreters des Generalstabschefs für Logistik. Dies ist die erste von der NATO an Ungarn delegierte Dienststellung im Generalsrang.
10. April In Záhony (Nordostungarn) hat sich ein über mehrere Tage andauernder Konflikt zwischen den ungarischen Behörden und einer mit Hilfsgütern für Jugoslawien beladenen russisch-weißrussischen Fahrzeugkolonne entwickelt. Im Konvoi befinden sich 8 mit Gasöl beladene Militärtransporter, die entsprechend einer Bestimmung des UN-Sicherheitsrates nicht durchgelassen werden dürfen. Nach einer Einigung auf Ministerebene in Budapest kann die Fahrzeugkolonne am 13. April die ungarisch-jugoslawische Grenze passieren.
- 15./16. April Auf Grundlage eines Beschlusses der Landesversammlung und einer Initiative der NATO-Mitgliedsländer folgend beteiligt sich die Ungarische Honvéd-Armee an der humanitären Hilfeleistung für Albanien ("Zuflucht beim Bündnis - Allied Harbour"). Mit dem gesamten Transportflieger-Park der Honvéd-Armee wird eine Luftbrücke zwischen Tököl und Tirana errichtet, um Decken, Lebensmittel und Medikamente zur Hilfe für die aus dem Kosovo nach Albanien Geflüchteten zu transportieren.
20. April Dreiseitiges Treffen der Verteidigungsminister Tschechiens, Polens und Ungarns in Prag. Verteidigungsminister Janos Szabó erklärt im Zusammenhang mit der Bombardierung der Vojvodina: Die NATO bombardiert strategische Ziele, die sich bedauerlicherweise auch in dieser Provinz befinden.

- 23./24. April In Washington findet eine Sitzung des Nordatlantikrates (NAC) statt. Die Mitgliedsstaaten werden durch die Staats- und Regierungschefs vertreten. Unterzeichnet und veröffentlicht werden: die "Washingtoner Erklärung", eine Erklärung zu Kosovo, eine Mitteilung des Gipfeltreffens in Washington; es wird eine "Strategische Konzeption der NATO" angenommen, veröffentlicht werden ein "Aktionsplan des Bündnisses" und die "Initiative zu den Verteidigungs-Fähigkeiten".
Eine "Simulierte Vorführung interkontinentaler Partnerschaft" unter Beteiligung von dreißig Ländern wird parallel mit der Washingtoner Gipfelkonferenz veranstaltet. Sie hat das Ziel, durch die Anwendung der modernsten Technik - Telekonferenzen, Internet, rechnergestützte Programme und Netze - neben der Senkung der Kosten die Möglichkeiten zur Effektivitätssteigerung von partnerschaftlichen Aktionen der Friedenserhaltung zu demonstrieren. Die Kommandantur der Landstreitkräfte der Simulationsvorführung befindet sich in Székesfehérvár.
1. Mai Ein 35 Mann starkes ungarisches Kontingent von Medizinern (20 Ärzte, 15 Unterstützungskräfte) beginnt mit der Durchführung von Hilfeleistungen in Albanien - in erster Linie allgemein-medizinische, seuchenverhütende und analytische Aufgaben sowie Versorgung von verletzten und erkrankten Flüchtlingen.
9. Juni Vertreter der NATO und Jugoslawiens unterzeichnen im mazedonischen Kumanovo die Vereinbarung über die Regelung des Abzugs der jugoslawischen Kräfte aus dem Kosovo. Die Luftoperation gegen Jugoslawien ist praktisch abgeschlossen.
10. Juni Beschluß Nr. 1244 des UN-Sicherheitsrates ermächtigt die Internationalen Kräfte zur Friedenserhaltung im Kosovo (KFOR), unter Anwendung "aller erforderlichen Mittel" die sichere Rückkehr der albanischen Flüchtlinge in den Kosovo zu gewährleisten. Auf Weisung von Generalsekretär Javier Solana werden die NATO-Luftschläge gegen Jugoslawien eingestellt.
15. Juni Die ungarische Landesversammlung beschließt die Beteiligung eines 350 Mann starken Wach- und Sicherungsbataillons an den internationalen friedenserhaltenden Kräften im Kosovo sowie die Genehmigung, daß militärische Kräfte für den humanitären Einsatz im Kosovo ungarisches Territorium durchqueren.
- 21.-23. Juni In Budapest wird unter der Bezeichnung "NATO Workshop" eine halbamtliche Beratung durchgeführt, dies bereits zum sechsten Mal.
1. Juli Im Rahmen des Abzuges der an der Luftoperation gegen Jugoslawien beteiligten NATO-Kräfte verlassen die letzten drei Luftbetankungs-Flugzeuge vom Typ KC-135 den Flughafen Budapest-Ferihegy, die US-Jagdbomber vom Typ F-18 den Flugplatz Taszár.
19. Juli Der Eisenbahnzug mit den ungarischen KFOR-Kräften tritt seine Fahrt an. (Das mehr als 300 Mann starke ungarische Kontingent wird am 25. Juli in Pristina eintreffen.)
17. August Verteidigungsminister Dr. János Szabó trifft in Pristina/Kosovo mit den unter der NATO-Flagge ihren Dienst verrichtenden Soldaten des ungarischen Wach- und Sicherheits-Kontingents zusammen.

- 3./4. Nov. Im polnischen Przemysl findet ein Treffen der Verteidigungsminister der "Visegrader Vier" statt - der NATO-Mitglieder Tschechien, Polen und Ungarn sowie der in das Bündnis strebenden Slowakei.
- 15.-19. Nov. Das gemeinsame ungarisch-rumänische Bataillon zur Friedenserhaltung führt seine erste Kommando-Stabsübung im Raum Arad durch.
- 17.-19. Nov. Die 30 Teilnehmerstaaten des CFE-Vertrages über die Reduzierung der bewaffneten Kräfte und der konventionellen Rüstungen in Europa beraten in Istanbul abschließend über die Modifizierung des Vertrages. Turnusmäßiger Leiter der "Adaptions-Beratungen" ist diesmal Ungarns Regierungschef Viktor Orbán.
3. Dezember Die Verteidigungsminister von 44 Ländern - 19 NATO-Mitglieder und 25 Partnerländer - beraten im Rahmen des Euro-atlantischen Partnerschaftsrates in Brüssel über die Weiterentwicklung des Programms der Friedenspartnerschaft sowie die Annäherung der bewaffneten Kräfte der Partnerländer an die NATO-Normen.
- 7.-17. Dez. Die in Friedberg stationierte 1. amerikanische Panzerdivision und die Mot.-Schützenbrigade "Klapka György" führen eine gemeinsame, rechen-technisch simulierte Kommando-Stabsübung durch. 179 ungarische Soldaten nahmen dabei erstmals an einer Übung teil, bei der sie ihre Aufgaben als NATO-Unterstellte durchzuführen haben.
15. Dezember Unter Teilnahme der Außenminister der 19 Mitgliedsländer hält der Nordatlantikrat im NATO-Zentrum in Brüssel eine geschlossene Jahresendtagung ab.
22. Dezember Ministerpräsident Orbán besucht das ungarische KFOR-Kontingent im Kosovo; er trifft sich mit Soldaten des 324 Mann starken ungarischen Wach- und Sicherungsbataillons. Bei der Meldung von Oberst Gyula Papp äußert der Ministerpräsident seine Anerkennung für die bisherige Arbeit.

2000

12. Januar Bei dem im Verband der KFOR im Kosovo dienstuenden ungarischen Wach- und Sicherungskontingent findet ein Wechsel im Personalbestand statt. 163 Soldaten haben bereits ein halbes Jahr Dienst in dieser Provinz verrichtet. Der sie ablösende Personalbestand hat sich zuvor in der Mot.-Schützenbrigade "Bocskai István" in Debrecen im Rahmen einer kombinierten allgemeinen Ausbildung auf die Verwirklichung friedenserhaltender Aufgaben vorbereitet.
19. Januar Oberst Allan M. Gardner übernimmt von Oberst Lonnie D. Vona die Aufgaben des Kommandeurs der amerikanischen nationalen Unterstützungseinheit in Taszár.
- 17.-23. Febr. Unter der Bezeichnung "CMX/CRISEX 2000" wird unter Beteiligung von 13 NATO- und WEU- Kommandos bzw. -Stäben aus 23 Ländern - darunter Ungarn - eine gemeinsame NATO/WEU-Krisenbewältigungs-Übung unter Einbeziehung aller Führungsebenen - vom Nordatlantikrat und WEU-Rat bis zu den unteren Ebenen - abgehalten.

Regierungsbeschluß über die Konzeption zur strategischen Überprüfung der Gesamtheit der Landesverteidigung der Ungarischen Republik vom 26.10.1999

I. Die Regierung stimmt darin überein, daß bei der Herausbildung einer neuen Struktur der Ungarischen Honvéd-Armee folgende prinzipielle Aspekte zugrunde gelegt werden müssen:

1. Die Modifizierung der oberen Führungsebene der Ungarischen Honvéd-Armee muß eine Verringerung der Anzahl der Führungsorgane bzw. -ebenen sowie des zugehörigen Personalbestandes zum Ergebnis haben. Der Gestaltung der oberen Führungsebene sind folgende Prinzipien zugrunde zu legen:

a) Die Ungarische Honvéd-Armee wird durch den Minister für Landesverteidigung über den Chef des Generalstabes geleitet, auf diese Weise erlöschen Dienststellung und Funktion des Kommandeurs der Honvéd-Armee;

b) der in das Ministerium für Landesverteidigung integrierte - und durch den Chef des Generalstabes geführte - Honvéd-Generalstab ist der planungs-organisatorische und entscheidungsvorbereitende Stab des Verteidigungsministers;

c) die Führung der Honvéd-Armee erfolgt durch den - dem Verteidigungsminister unmittelbar unterstellten - Chef des Generalstabes;

d) den zivil-amtlichen Bereich des Verteidigungsministeriums leitet der Staatssekretär für Administration;

e) die Truppen der Teilstreitkräfte der Honvéd-Armee werden in Friedenszeiten direkt durch die Chefs der Stäbe der Teilstreitkräfte geführt.

Im Verlauf der Neugestaltung der Streitkräftestruktur soll die Tätigkeit der Führungsorgane effektiver werden und zu einer Personalverringerung führen, sie müssen die Erfüllung der in den Rechtsbestimmungen vorgeschriebenen Aufgaben laufend sichern. Die bevorstehende organisatorische Neustrukturierung der Ungarischen Honvéd-Armee muß zugleich mit der Gewährleistung ihres Grundauftrages - dem bewaffneten Schutz der Ungarischen Republik - die Erfüllung der Bündnisverpflichtungen, das Zusammenwirken im Rahmen des Bündnis-systems, den Beitrag zu den internationalen Anstrengungen zur Friedenssicherung und Krisenbewältigung sowie die Fähigkeiten zur Bewältigung von Herausforderungen eines neuen Typs sicherstellen.

2. Im Ergebnis der Überprüfung des Systems der ökonomischen und logistischen Sicherstellung und der Struktur seiner Führung muß sich die gesamte Organisation der Logistik in erhöhtem Maße auf volkswirtschaftliche Quellen stützen, es müssen neue Normen der Vorratsbildung herausgearbeitet werden, gestützt auf einen wachsenden Anteil von Vorräten aus der laufenden Produktion. Die zur Inanspruchnahme ziviler Dienste existierenden Dienststellen sollten abgebaut oder in andere Tätigkeitsbereiche überführt werden.

3. Grundlegendes Anliegen und strategische Priorität bei der Umgestaltung von Struktur, Führung und Leitung, technischem und Betriebssystem der Ungarischen Landesverteidigung ist die Herausbildung eines Personalbestandes, bei dem auf Basis einer umfassenden personellen Strategie die qualitativen und quantitativen menschlichen Ressourcen so entwickelt werden, daß sie entsprechend den Erwartungen unseres Landes und der NATO-Normen gut vorbereitet, der Heimat und dem Beruf verpflichtet, moralisch motiviert und gesellschaftlich anerkannt sind.

Ein solches strategisches Vorgehen muß enthalten:

- a) die Anpassung an den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem unseres Landes, die effektive Gewährleistung der Gewinnung und Einstellung von Berufs- und Vertragspersonal, im Rahmen der Umgestaltung des Systems der Ergänzung die Schaffung von territorialen Ergänzungs- und Werbungszentren, darauf gestützt ein neues Rekrutierungssystem;
- b) ein auf der neuen Streitkräftestruktur beruhendes, die rationelle und plangerechte Verteilung der Menschen-Ressourcen sicherndes neues Logistik-Untersystem und eine entsprechende Informationsbasis;
- c) ein neues Motivationssystem, das eine reale materielle und moralische Leistungsbewertung des Personalbestandes in seiner Einheit sichert und sich auf die Prinzipien von Wettbewerb und Professionalität gründet, unter besonderer Beachtung der in den Truppenformationen Dienenden sowie der Zeitsoldaten;
- d) ein System der Ernennung und Beförderung von Berufssoldaten, das Grundlage ihres Perspektivbewußtseins bildet, die Erfordernisse der physischen und geistigen Vorbereitung bzw. die Kriterien der zu erbringenden Leistungen u.ä. klarstellt, an die Dienstgrade gebunden und mit dem Motivationssystem verknüpft ist;
- e) ein solches mit der Überprüfung des Systems des Rekrutendienstes komplex verbundenes System, welches den militärischen Dienst jedes wehrpflichtigen Staatsbürgers gewährleisten kann und den Kriterien sozialer Gerechtigkeit entspricht;
- f) Umgestaltung des Vorbereitungs- und Ausbildungssystems der Rekruten sowie des Ausbildungssystems der Zeitsoldaten und der Reservisten, Herausbildung der für einen effektiven Ablauf notwendigen organisatorischen, sachlichen und personellen Bedingungen;
- g) Schaffung einer konzentrierten Institution für eine effektive Heran- und Weiterbildung der Unteroffiziere;
- h) eine solche Modernisierung der im Bereich des Verteidigungsministeriums erfolgenden Mittel- und Oberstufen-Bildung von Fachleuten, die sichert, daß sie primär militärfachlichen Charakter besitzt, bei der sonstigen Qualifikation des fachlichen Nachwuchses soll man sich auf zivile Institutionen der mittleren und Oberstufe stützen;
- i) es ist die Möglichkeit zu einer solchen einheitlichen Hochschuleinrichtung für die ganze nationale Verteidigung und Sicherheit (Verteidigung, öffentliche Ordnung, staatliche Leitung) zu prüfen, mit deren Nutzung gesichert werden kann, daß die militärfachliche Grundlagen- und Weiterbildung der Offiziere weiterhin im Verantwortungsbereich des Verteidigungsministeriums verbleibt und zugleich modernisiert werden kann;
- j) Gestaltung eines integrierten Organisationssystems für personelle Angelegenheiten, das für alle betreffenden Aufgaben zuständig, effektiv aufgebaut und funktionsfähig ist, mit entsprechenden Fachleuten und dem infrastrukturellen Apparat versorgt ist, von der Truppen- bis zur Regierungsebene modern ausgebaut wird;
- k) eine gerechtere Verteilung der Ressourcen für personelle Dienste und soziale Fürsorge, die Gestaltung einer normativen Ordnung zur Kompensation von Unterschiedlichkeiten sowie eines zentralisierten, auf die personenbezogene Unterstützung gerichteten Erholungs- und Rehabilitationssystems bei Reduzierung der Anzahl von Institutionen der Kultur, Kunst, von Sport, Erholung und sonstiger personeller Dienstleistungen bzw. deren Überführung zur Form der Bewirtschaftung durch ökonomisch-gesellschaftliche Organisationen (Vereinigungen) oder ihre Übergabe in den Bereich anderer Ministerien;

l) die Überprüfung der Bestimmungen der Übergabe/Zuweisung von Wohnungen und die Ausarbeitung sowie Einführung eines neuen Wohnungsbau- und Bewirtschaftungsprogramms, dem die neue Dislozierung der Truppe zugrunde gelegt wird und das die Wohnbedingungen und -verhältnisse der Berufssoldaten verbessert sowie die Prinzipien der Mobilität berücksichtigt;

m) eine solche Überprüfung der medizinischen Sicherstellung der Versorgung der Armee, daß diese künftig in erster Linie die Gewährleistung der speziellen militärischen Fachaufgaben und Versorgungsberechtigten sicherstellt.

4. In Verbindung mit der Ausgestaltung der neuen Streitkräftestruktur ist die Modifizierung, Außerkraftsetzung und Neufassung der Rechtsbestimmungen so durchzuführen, daß diese die Handlungsfähigkeit der Armee, die Verbesserung der Lage ihres Personalbestandes, die Disziplin und die Autorität der erteilten Befehle unterstützen. Als zentrale Frage ist die Modifizierung jener Rechtsvorschriften zu behandeln, die mit der Handlungsfähigkeit der Armee, der Erfüllung der Bündnisverpflichtungen und der Nutzung der personellen Ressourcen verbunden sind. Einfachere, klare, an die Praxis der Bündnisländer angenäherte Rechtsvorschriften und -bedingungen sind im Interesse des Zusammenwirkens zu schaffen.

5. Es ist anzustreben, daß die Proportionen bei der Verwendung der bereitgestellten Haushaltsmittel für personelle Ausgaben, Betriebskosten und Entwicklungsaufwendungen einem Verhältnis von 40:30:30 Prozent angenähert werden.

6. Es ist ein 10-Jahres-Entwicklungsprogramm auszuarbeiten, in dessen erster Etappe die Sicherstellung der Kosten der Streitkräfteumgestaltung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Gewährleistung der allerwichtigsten Voraussetzungen der NATO-Interoperabilität Priorität haben.

In der zweiten Etappe stehen die Erhöhung der Kampffähigkeit bzw. der Gefechtsbereitschaft sowie die Modernisierung der Ausbildung im Vordergrund.

In der dritten Etappe ist als vorrangige zentrale Aufgabe mit der technischen Modernisierung zu beginnen.

II. Zur Verwirklichung der Streitkräftestruktur entsprechend den in diesem Beschluß festgelegten Prinzipien legt die Regierung die Durchführung nachfolgender Aufgaben fest:

1. Auszuarbeiten durch den Verteidigungsminister und der Regierung zu unterbreiten sind:

a) eine sozialpolitische Konzeption zur Verbesserung der Lage der von der Umgestaltung der Streitkräftestruktur betroffenen Berufssoldaten;

Termin: 31. Dezember 1999;

b) einen mit diesem Beschluß verbundenen, auf die Streitkräfteumgestaltung und seine neue Struktur gerichteten 10-Jahres-Plan, der als Grundlage für einen hierauf gerichteten Beschluß von Regierung und Parlament dienen soll;

Termin: 31. Januar 2000;

c) eine Konzeption über die Ableistung des Militärdienstes der Rekruten und Reservisten sowie über die Verbesserung der Lage der Vertragssoldaten und die Erhöhung ihres Personalbestandes;

Termin: 31. Januar 2000;

d) eine Konzeption über die Gestaltung einer neuen Struktur sowie eines entsprechenden Führungssystems und organisatorischen Aufbaus der ökonomischen und logistischen Sicherstellung;

Termin: 31. Januar 2000;

e) eine Konzeption über ein der neuen Dislozierung gerecht werdendes Programm zu Wohnungsbewirtschaftung und Wohnungsbau;

Termin: 29. Februar 2000;

f) eine Strategie zur Modernisierung der Nutzung und Entwicklung der Personalressourcen und des Systems der damit verbundenen Einrichtungen, die der neuen Streitkräftestruktur entspricht, die auf die Gestaltung der erforderlichen quantitativen und qualitativen Zusammensetzung des Personalbestandes sowie die Verbesserung seiner Lebens- und Arbeitsbedingungen gerichtet ist;

Termin: 31. März 2000.

2. Die betroffenen Ministerien haben die Schaffung einer einheitlichen Hochschuleinrichtung für die gesamte nationale Verteidigung und Sicherheit (Verteidigung, öffentliche Ordnung, staatliche Leitung) zu prüfen.

Verantwortlich: Innenminister, Verteidigungsminister, Bildungsminister, Minister für Industrie, Finanzminister;

Termin: 30. November 1999.

3. Die Investition des Neubaus des Zentralen Armeekrankenhauses ist einzustellen. Zur anderweitigen Nutzung des Gebäudes hat der Verteidigungsminister einen Vorschlag zu unterbreiten. Die gesamte Überprüfung muß sich in erster Linie auf die Stationierung durch eine den Möglichkeiten des Verteidigungsministeriums und seine rückwärtigen Einrichtungen orientieren. Die aus der Verwertung der dabei freiwerdenden Immobilien resultierenden Einnahmen sind - abweichend von den allgemeinen Regelungen - nach Abzug der Kosten für den Bauabschluß sowie den Umzug dem Staatshaushalt zuzuführen.

Verantwortlich: Verteidigungsminister, Finanzminister;

Termin: 31. Dezember 1999.

4. Es ist eine Konzeption über die Herauslösung des Personalbestandes der Militär-Justiz aus dem Personalbestand der Ungarischen Honvéd-Armee - bei Aufrechterhaltung ihrer fachlichen Selbständigkeit - fertigzustellen.

Verantwortlich: Verteidigungsminister, Minister für Justiz;

Termin: 31. Dezember 1999.

5. Das Zentrale Kulturensemble der Honvéd-Armee ist einschließlich des Nutzungsrechtes einer geeigneten Immobilie in den Bestand des Ministeriums für das Nationale Kulturerbe zu überführen.

Verantwortlich: Verteidigungsminister, Minister für das Nationale Kulturerbe;

Termin: 31. Dezember 1999.

6. Die Möglichkeiten zur weiteren Nutzung der sich in der Verwaltung des Verteidigungsministeriums befindlichen Kultureinrichtungen sowie der Garnisons-Kulturhäuser sind zu überprüfen. Die Bewirtschaftung der Garnisons-Kulturhäuser durch Formen von öffentlichen Gesellschaften ist auf eine Weise fortzuführen, daß diese künftig vor allem als Zentren der kulturellen Freizeitgestaltung der in der Garnison dienstuenden Soldaten fungieren.

Verantwortlich: Verteidigungsminister;

Termin: 29. Februar 2000.

7. Die Armee-(Honvéd-)Gymnasien sind aus der Unterstellung des Verteidigungsministeriums herauszulösen.

Verantwortlich: Verteidigungsminister, Bildungsminister;
Termin: 29. Februar 2000.

8. Im Zusammenhang mit der Gestaltung der neuen Streitkräftestruktur haben die betroffenen Ministerien die gültigen Rechtsvorschriften zu überprüfen und Vorschläge zu deren Modifizierung, Außerkraftsetzung bzw. zur Ausarbeitung neuer Rechtsbestimmungen zu erarbeiten.

Verantwortlich: Verteidigungsminister, Justizminister;
Termin: 30. Juni 2000.

9. Im Verlauf der Umgestaltung der militärischen medizinischen Einrichtungen sind

a) die für die Durchführung der Verteidigungsaufgaben notwendigen Institutionen in öffentliche Gesellschaften zu überführen;

verantwortlich: Verteidigungsminister, Minister für Gesundheitswesen, Finanzminister,
Termin: 30. April 2000;

b) Aufgabenbereich und Struktur des Zentralen Armeekrankenhauses wesentlich zu verringern, die für militärische Zwecke nicht unmittelbar erforderlichen Abteilungen aufzulösen, der Krankenbestand auf den Kreis der direkt Nutzungsberechtigten zu begrenzen;

verantwortlich: Verteidigungsminister, Gesundheitsminister, Finanzminister,
Termin: 30. April 2000;

c) das Armeekrankenhaus Pécs, das Armeekrankenhaus Kecskemét sowie das Krankenpflegeheim Veröce in Berücksichtigung der Vorschläge des Gesundheitsministers anderen Organen zu übergeben;

verantwortlich: Verteidigungsminister, Gesundheitsminister, Finanzminister,
Termin: 30. April 2000;

d) auf der Basis des im Armeekrankenhaus Kecskemét tätigen Forschungsinstituts für Flugmedizin in Unterstellung unter das Verteidigungsministerium eine integrierte staatliche Behörde (Institut) für Flugmedizin zu schaffen;

verantwortlich: Verteidigungsminister, Gesundheitsminister,
Minister für Verkehr, Nachrichtenwesen, Wasserwirtschaft,
Termin: 30. April 2000.

Dieser Beschluß tritt am Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.

Viktor Orbán, Ministerpräsident

(Veröffentlicht auf Anforderung der Hauptabteilung Presse des Verteidigungsministeriums als Beilage der Zeitschrift "Magyar Honvéd" im Dezember 1999.)

Konferenz über die Streitkräftereform

[Aus: "Magyar Honvéd", Budapest, Nr. 8/2000 vom 25. Febr. 2000, S. 9. Verfasser: Dezső Papp.]

Das außen- und sicherheitspolitische Kabinett der parlamentarischen Abgeordnetengruppe der FIDESZ - Ungarische Bürgerpartei veranstaltete am 18. Februar 2000 eine Konferenz über die Streitkräftereform.

Auf der Konferenz erschienen Vertreter des ungarischen politischen Lebens, in Budapest akkreditierte Diplomaten, sicherheitspolitische Fachleute sowie mehrere Generale und Offiziere der Ungarischen Honvéd-Armee. Als Einladende waren zugegen: FIDESZ-Fraktionschef József Szájer, Verteidigungsminister János Szabó, Generaloberst a.D. Béla Király, der leitende Berater Jenő Póda, Staatssekretär Tamás Wachsler, der stellvertretende Staatssekretär für Kontrolle des personellen Institutions-Systems, Prof. János Szabó, der Kommandeur der Honvéd-Armee und Chef ihres Generalstabes, Generaloberst Lajos Fodor, der Leiter der Hauptabteilung Logistik des Honvéd-Generalstabes, Generalmajor Péter Dobó, der Direktor des künstlerischen Leitungszentrums des Honvéd-Generalstabes, Oberst Dr. András Sztvovecz, und Oberst István Békési, Kommandeur der Mot.-Schützenbrigade "György Klapka".

In seinem Referat sagte Verteidigungsminister János Szabó: Der dem Ministerium zuzurechnende Personalbestand wird bis Dezember kommenden Jahres auf 45 000 Mann reduziert. Der größere Teil der strukturellen Umgestaltung wird in diesem Jahr durchgeführt, ein kleinerer Teil erfolgt in der ersten Hälfte des nächsten Jahres; der Personalabbau soll jedoch bereits im laufenden Jahr bis zum Ende gebracht werden. Der personelle Bestand der Führungsorgane soll um nahezu 40 Prozent verringert werden, auch die territoriale Verteilung der militärischen Formationen soll bedeutend modifiziert werden. Es ist zu erwarten, daß die Honvéd-Armee 24 Standorte völlig räumt sowie an 36 Standorten 73 Objekte aufgibt. In Kürze werden die Flugzeuge vom Typ MiG-21, die Panzer vom Typ T-55 sowie die veraltete Artillerie- und Luftabwehr-Technik ausgesondert. Zur Verminderung der mit den strukturellen Umgestaltungen verbundenen Spannungen hat das Ministerium einen humanitären (sozialen) Plan erarbeitet, der es ermöglichen soll, daß die erforderlichen Veränderungen ohne existenzielle Katastrophen, bei einer Minimierung von Spannungen erfolgen können.

Tamás Wachsler betonte in seinem Beitrag: Die Zahl der Führungsebenen wird verringert. Mit der Herausbildung von militärischen Basiszentren wird sich bei den verbleibenden militärischen Formationen der Auffüllungsgrad erhöhen, die Gefechtsbereitschaft und die die Fähigkeit zur Aufgabenerfüllung werden anwachsen, zugleich sollen sich die Proportionen zwischen den verschiedenen Kategorien des Personalbestandes im erwünschten Maße verändern. Im Ergebnis des Regierungsbeschlusses sollen 8 oder 9 öffentlich-rechtliche Gesellschaften gebildet werden, in deren Rahmen künftig das Erholungswesen und der überwiegende Teil der kulturellen Sphäre funktionieren werden.

Prof. János Szabó hob hervor: Die Streitkräftereform hat das Ausscheiden von etwa 5000 Berufssoldaten und Zivilbeschäftigten aus Armee-Formationen zur Folge. Wahrscheinlich wird es künftig auch jene Praxis nicht mehr geben, daß die Absolventen militärischer Bildungseinrichtungen ihre Dienstlaufbahn vor Ablauf ihrer Verpflichtungsdauer nur gegen Entrichtung einer Strafgebühr beenden dürfen.